

Die außerparlamentarische Opposition aufbauen!

Auch in der Bundesrepublik gilt es, eine außerparlamentarische Bewegung aufzubauen. Nur so können wir den sozialen Kahlschlag durch das Kapital und seine PolitikerInnen stoppen! **Ansätze dazu sind das Netzwerk der Gewerkschaftslinken und das Bündnis der sozialen Bewegung, das am 3. Juni in Berlin 20.000 Menschen auf die Beine brachte.**

- Die nächste **bundesweite Konferenz der Gewerkschaftslinken** findet am **30.9./1.10.2006** im DGB-Haus in Frankfurt/M. statt, wo Belegschaftsvertreter von Arbeitskämpfen wie AEG-Nürnberg, Uniklinik Essen, Alstom-Power Mannheim, Gate Gourmet Düsseldorf, DaimlerChrysler Mettingen, Infineon München, CNH und JVC Berlin, Hamburger Hafengebiete und verdi Stuttgart berichten.
- Das Bündnis 3.6. plant für den **2./3. Dezember 2006** eine **Aktions- und Perspektivenkonferenz der sozialen Bewegungen** mit dem Motto: Wie weiter mit den sozialen Protesten?



Unsere Forderungen

- **Mindesteinkommen 1500 Euro brutto – Mindestlohn 10 Euro/Stunde!**
- **Verbot von Entlassungen! Arbeitszeitverkürzung bis alle Arbeit haben. Einführung der 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sofort!**
- **Weg mit Hartz IV!**

Wer wir sind:

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen

für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Kontakt und Info:

RSB Berlin, Postfach 350513, 10214 Berlin
RSB Potsdam, Lindenstr. 47, 14467 Potsdam



RSB Revolutionär Sozialistischer Bund / IV.Internationale

Gutschein

6,25 €



JETZT EINLÖSEN

JA, ich möchte das Probeabo der AVANTI im Wert von 6,25 € für 3 Monate kostenlos bestellen!

AVANTI - Die marxistische Monatszeitung

Was ist los im Betrieb, in der Gewerkschaft und auf der Straße? Berichte, Analysen und Interviews in der Avanti! Im Zentrum der Avanti steht die weltweite Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals und seiner Regierungen.

Vorname _____

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail/Telefon _____

Den Gutschein bitte senden an: RSB, Landungenstraße 8, 68159 Mannheim oder per E-Mail an: avanti@rsb4.de
Bestellungen schnell und einfach auch unter:
www.RSB4.de/abo

Ich möchte:

- das kostenlose Infopaket des RSB bestellen.
- den RSB in meiner Nähe kennenlernen.
- mich an Aktivitäten des RSB beteiligen.
- ein kostenloses Probeabo der RSB-Zeitung.

Name _____

Adresse _____

eMail _____

buero@rsb4.de

Mehr Infos: www.rsb4.de

Nur die

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION

bricht die Offensive des Kapitals!

Schluss mit den Reformen gegen uns!



Die Herrschenden wollen uns verhöhnen: Ab nächstes Jahr sollen wir 0,5% mehr Krankenkassenbeiträge zahlen. Dagegen sinken die Unternehmenssteuern von ca. 39% auf 29%. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% trifft überwiegend die 34 Millionen Lohnabhängigen, die 7 Mio. Erwerbslosen und ihre Familien, die fast ihr ganzes Einkommen für ihren Lebensunterhalt ausgeben. KapitalbesitzerInnen und Selbständige werden die Mehrwertsteuer

über die Preise wieder an den Verbraucher weitergeben. Für einen Bundestagsabgeordneten mit monatlich 7000 Euro Diäten ist die Mehrwertsteuererhöhung kein Problem. Hartz IV-EmpfängerInnen wissen heute schon nicht, wie sie mit 345 Euro plus Warmmiete über die Runden kommen sollen. Drastischer kann eine Umverteilung von unten nach oben nicht ausfallen. Das ist Klassenkampf pur.

DollarmillionärInnen enteignen!



Im Jahr 2003 gab es in der BRD 756.000 Dollarmillionäre. Sie verfügten über ein Gesamtvermögen von 2,916 Billionen Dollar. Das waren fast 10% aller Millionäre weltweit, mit einem Anteil von 10% am

Gesamtvermögen aller Dollarmillionäre auf diesem Globus (*World Wealth Report 2004*). Die 20 reichsten Familien der BRD besaßen 2002 ein Vermögen von rund 115 Milliarden Euro.

Kämpfen wie in Frankreich!



Der Rückzug des „Ersteinstellungsgesetzes“ CPE durch die Regierung in Frankreich ist der erste bedeutende Sieg gegen die neoliberale Politik in Europa. Es ist ein Sieg der Selbstaktivität und der außerparlamentarischen Mobilisierung. Zweimal gingen drei Millionen Menschen auf die Straße. Die Herrschenden in Frankreich bekamen Angst vor einer Politisierung nach links.

Unterstützung fanden die StudentInnen und SchülerInnen bei den Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft. In diesen Mobilisierungen hat unsere Schwesternorganisation Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR – Sektion der IV. Internationalen in Frankreich) eine bedeutende Rolle gespielt.

Widerstand ist möglich



Auch in der BRD regt sich der Widerstand. Die Liste der Arbeitskämpfe ist lang: Der ver.di-Streik, Infineon in München, AEG in Nürnberg, G&D in Louisenthal, die Landesbediensteten der Unikliniken, Gate Gourmet in Düsseldorf, Alstom in Mannheim, CNH in Berlin, Philips in Hamburg... um nur einige zu nennen. Sie alle eint die Einsicht, dass Entlassungen, Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen keine Naturereignisse sind. Mensch kann sich dagegen wehren. Doch

fast jede Belegschaft kämpft für sich allein. Die inhaltliche Stoßrichtung geht nicht über den „eigenen“ Betrieb, über das unmittelbare eigene Lebensinteresse hinaus.

Die einzige Ausnahme bildet Alstom in Mannheim. Nur dort stellten Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauensleute verallgemeinernde Forderungen auf wie „Verbot von Entlassungen“ und warfen die Frage der „Vergesellschaftung“ auf.